



# 2012/30 Disko

<https://shop.jungle.world/artikel/2012/30/die-kriminalisierung-des-judentums>

**Kritisiert den Antisemitismus in der Debatte**

## **Die Kriminalisierung des Judentums**

Von **Alexander Hasgall**

**Angesichts der antisemitischen Debatte um die Beschneidung sollte es eigentlich selbstverständlich sein, dass sich eine fortschrittliche Linke solidarisch an die Seite der Jüdinnen und Juden stellt.**

Zum Strafrecht gehört der Resozialisierungsgedanke. Der Delinquent wird grundsätzlich bestraft. Im Idealfall helfen ihm aber guter Rat und professionelles Personal, künftig einen gesetzestreuen Weg einzuschlagen. Solch einen Resozialisierungsversuch konnte man unlängst in der ARD-Talkshow von Anne Will beobachten. Geladen waren der Strafrechtsprofessor Holm Putzke, der seit Jahren einen persönlichen Feldzug gegen die in seinen Augen strafbare Praxis der Beschneidung führt. Ihm zur Seite stand die Psychologin Angelika Kallwass, die hauptberuflich im Vorabendprogramm von Sat. 1 inszenierte Beziehungskrisen therapiert. Hinzu kam die Buchautorin Seyran Ates, die als Frauenrechtlerin und Opferanwältin in solche Sendungen gerne als Stimme der »Betroffenen« und als Islamkritikerin eingeladen wird. Auf der Anklagebank: Die muslimische Journalistin Khola Maryam Hübsch und der Berliner Rabbiner Yitshak Ehrenberg, die beide für das Recht auf Beschneidung eintraten. Auch wenn vieles an ein Tribunal erinnerte, aufgrund fehlender juristischer Legitimation verzichtete man auf die Verkündung einer Strafe und beließ es bei Belehrungen. So wurde Ehrenberg verschiedentlich erklärt, wie er sein Judentum zu leben habe, ohne dabei kleine Kinder zu verstümmeln. Alternativen zur Beschneidung wurden aufgeführt. Man hatte den Eindruck, im deutschen Fernsehstudio sollten Judentum und Islam im Schnelldurchgang reformiert werden. Gegen solche Bekehrungsversuche stand Ehrenbergs Schlusswort. Er rief dazu auf, nicht im Krankenhaus, sondern zu Hause oder in der Synagoge zu beschneiden.

Die Reaktionen darauf hatten es in sich. In den sozialen Netzwerken und den Kommentarspalten der Zeitungsartikel im Internet brach sich wieder einmal eine Welle antisemitischen und antimuslimischen Hasses Bahn. Auf Twitter wollte jemand am liebsten »dieser verummten Fanatikerin (...) einfach nur in die Fresse schlagen«. Ehrenberg wurde geraten, dieses Land zu verlassen und »zurück nach Israel« zu gehen. Auch der Verweis auf die angebliche »Holocaustkeule« fehlte nicht.

Man schien darauf gewartet zu haben. Mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit scheint eine unangreifbare Begründung gefunden worden zu sein, die »Schonzeit« für Juden für beendet zu erklären. Es gibt in Deutschland offenbar kein größeres Problem als das Recht kleiner Jungen,

keine Juden (und Muslime) sein zu müssen. In der »Beschneidungsdebatte« bricht eine antisemitische Rhetorik durch, die man eher bei Rechtsextremen und Islamisten verortet. Den bisherigen Tiefpunkt bildet eine Karikatur auf der Website des Boulevardblatts Berliner Kurier, die im Stürmerstil einen krummnasigen Juden zeigt, der einem Jungen den Penis abschneidet. Spätestens jetzt könnte man erwarten, dass sich eine fortschrittliche Linke – gerade wenn sie die Bekämpfung von Antisemitismus und die Solidarität mit Israel als primären Bezugspunkt hat – sich eindeutig an die Seite der betroffenen Juden und Jüdinnen und stellt. Leider ist dies nicht der Fall. Wer ansonsten in jedem Occupy-Flugblatt nach verkürzter Kapitalismuskritik und strukturellem Antisemitismus sucht, bleibt bei diesem Thema erstaunlich unsensibel. Wird sonst gerne auf Adornos kategorischen Imperativ verwiesen – die unbedingte Bekämpfung der Bedingungen, die Auschwitz (und den Antisemitismus) möglich machten, als oberste Maxime –, verheddert man sich plötzlich in den eigenen Wertekonflikten. In der Tat kann es überzeugten Atheisten nicht leichtfallen, sich für eine in der modernen Gesellschaft nur schwer nachvollziehbare, archaisch anmutende Praxis einzusetzen. Aber: Solidarität ist erst dann etwas wert, wenn man sich auf sie verlassen kann, auch in einer schwierigen Situation.

Und diese Solidarität ist dringend notwendig. Ob man es wahrhaben will oder nicht: Die Beschneidung am achten Lebensstag ist ein zentraler Aspekt der jüdischen Identität. Es ist nicht vorstellbar, dass ausgerechnet Deutsche hier plötzlich eine Praxisänderung erzwingen könnten. Ein Beschneidungsverbot wäre das Ende eines guten Teiles des jüdischen Lebens in Deutschland. Wer ernsthaft ein Verbot der rituellen Beschneidung fordert, muss bereit sein, offen die Verantwortung für dessen Konsequenz zu übernehmen. Müsste dann nicht konsequenterweise die Polizei Synagogen durchsuchen und Beschneidungswerkzeug beschlagnahmen?

Immer wieder werden das Grundgesetz und der Rechtspositivismus vorgeschoben, um die Unausweichlichkeit des Beschneidungsverbotes herbeizureden. Dabei geht es darum, die politische Verantwortung für ein Verbot von Beschneidung auf die vermeintliche Rechtslage abzuwälzen. Dies ist völlig verkürzt. Grundsätzlich ist jede Operation ein Eingriff in die körperliche Integrität einer Person. Dabei ist es egal, ob einem Kind die abstehenden Ohren angepasst werden, ein Muttermal aufgehellt oder die Vorhaut des Penis entfernt wird. Hier manifestieren sich gesellschaftliche Normen. Bei der Beschneidung geht es um die Norm einer Minderheit, erst dies führte zur Debatte.

Der Schutz des menschlichen Körpers vor vermeidbaren Übeln ist zentral. Doch die körperliche Unversehrtheit darf nicht zu einer modernisierten Form eines Körperkultes werden, der den gesellschaftlich definierten »heilen« Körper absolut setzt und so enthistorisiert. Die Beschneidung bildet den Gegenentwurf zum perfektionistischen Körperideal der Antike. Es verwundert daher nicht, dass ausgerechnet der römische Kaiser Hadrian als einer der ersten die Beschneidung zu verbieten versuchte – und dabei scheiterte. Ivo Bozic hat in seinem Beitrag im Jungle Blog dargestellt, dass Studien, welche die Schädlichkeit der Beschneidung nachweisen, oft von zweifelhafter Motivation und zuweilen auch wissenschaftlich problematisch sind. Sicher gibt es bei einer Milliarde betroffener Männer weltweit auch einige, bei denen die Beschneidung, wie andere Ereignisse im Leben auch, körperliche oder psychische Komplikationen zur Folge hatte, aber dass dies Ausnahmen sind, ist offensichtlich.

Den Kölner Richtern ging es nicht alleine um körperliche Unversehrtheit, sondern auch um das Recht des Kindes, später frei über seine Religionsausübung zu entscheiden. Dieser Freiheitsbegriff ist zutiefst christlich. Während im Judentum Abstammung und nach außen gerichtete Praxis die zentralen Elementen des Glaubens sind, konzentrierte sich das

Christentum von Anfang an auf das innere Bekenntnis – und dabei auf die Missionierung. Nur dadurch konnte es überhaupt zur Weltreligion werden. Martin Luther verfiel dem Irrglauben, die Juden würden sich nach Aufhebung der durch die katholische Kirche aufgebauten Barrieren für das christliche Glaubensprinzip öffnen. Als dies nicht geschah, entwickelte er sich zu einem der erbittertsten Judenfeinde. Wer glaubt, zwischen dem Judentum und seinen zentralen Traditionen unterscheiden zu können, überträgt die eigene religiöse Sozialisierung auf andere. Und wer in einer christlich dominierten Gesellschaft Judentum und Islam auf Augenhöhe begegnen will, kann deren weithin anerkannte religiöse Praxis nicht ernsthaft mit Genitalverstümmelung an Frauen und der Einführung von Steinigungen gleichsetzen.

Juden sollten sich nicht ausgerechnet von Deutschen ihre angebliche Unzivilisiertheit vorhalten lassen müssen. Es ist nicht Aufgabe der deutschen Öffentlichkeit und Politik, dem Judentum gute Ratschläge zu geben, wie es sich reformieren sollte. Genauso wenig wie krampfhaft im vielfältigen jüdischen Leben der Gegenwart nach jenen Strömungen zu suchen, die dem eigenen Weltbild und Religionsverständnis am nächsten kommen. Daher hilft es auch nicht, anonyme Gruppen wie »Jews Against Circumcision« oder rituelle Alternativen zur Beschneidung wie Namensgebungsrituale ins Feld zu führen. Wer Antizionisten dafür kritisiert, dass sie Juden - instrumentalisieren, um sich unangreifbar zu machen, sollte im Hinblick auf die Beschneidung nicht auf dieselbe Art verfahren.

In diesem Sinne bleibt Folgendes festzuhalten. Es gibt keine »unproblematische« Beschneidungskritik. Es ist nachvollziehbar, dass jemand Mühe mit dem Verständnis eines Rituals wie der Beschneidung hat. Die nachträgliche Rationalisierung des Rituals wie der Hinweis auf hygienische Vorteile der Beschneidung hilft hier nicht weiter. Das Unbehagen an der Beschneidung macht niemanden zu einem Antisemiten. Dieses Unbehagen gilt es aber auszuhalten. Faule Kompromisse, wie die gesetzliche Gleichsetzung von Schwangerschaftsabbruch und Beschneidung, wie von Hannah Wettig gefordert (Jungle World 29/2012), bringen die Debatte nicht weiter. Dies würde bedeuten, das Initiationsritual in Judentum und Islam mit der Abtreibung eines Embryos gleichzustellen. Die Botschaft an die Eltern wäre: Ihr schadet euren Kindern, aber wir erlauben es euch. Dasselbe gilt für die Forderung, die Beschneidung auf Krankenhäuser und Arztpraxen zu beschränken, was einer Kriminalisierung der bisherigen Praxis gleichkommt. Hier gilt es, Stellung zu beziehen. Dabei sollte eine Forderung im Zentrum stehen: für das Recht von Juden und Muslimen, die Beschneidung nach eigenen, traditionellen Regeln weiter zu praktizieren. Auch angesichts der weltweiten Akzeptanz der Beschneidung gilt: Einen deutschen Sonderweg – gerade bei diesem Thema – darf es nicht geben.